

Hiesl: ÖAAB begrüßt die Alternativen zum verlängerten Kündigungsschutz

Linz/Wien, 20. April 2001 (ÖAAB-PD) Der ÖAAB hat die geplante Einführung des Kinderbetreuungsgeldes (ab Jänner 2002) stets als großartige familienpolitische Errungenschaft gewertet, an deren Feinabstimmung bis zum Gesetzesentwurf gefehlt werden müsse. Bis zuletzt hatte sich der ÖAAB für eine Ausdehnung des Kündigungsschutzes auf 30 Monate oder diesbezüglicher Alternativen stark gemacht, betont ÖAAB Bundesobmann-Stellvertreter und ÖAAB-Landesobmann Franz Hiesl aus Oberösterreich. Die Regierung hat die Bedenken und Vorschläge des ÖAAB ernst genommen und im gestern präsentierten Begutachtungsentwurf die Bestimmungen des Kindergeldes gegenüber den ersten angekündigten Vorhaben spürbar nachgebessert, sagt Hiesl. ****

Auch wenn der Kündigungsschutz nicht generell auf 30 Monate verlängert wurde, sind die neuen Alternativvorschläge grundsätzlich positiv zu werten. Der ÖAAB begrüßt, dass der Kündigungsschutz für Karenzierte mit Urlaubsvertretungen bis zu 13 Wochen pro Jahr beziehungsweise mit Teilzeitmodellen sogar bis vier Jahre verlängert werden kann und Eltern Anspruch auf Arbeitslosengeld erhalten, wenn sie ihren Job verloren haben und nach der Karenz wirklich in den Arbeitsmarkt zurückkehren wollen, sagt Hiesl. Bisher gab es dafür ja nur die "geringere" Notstandhilfe.

Wichtig ist für den ÖAAB, dass beim neuen Entwurf zum Kindergeld aber auch an jene Mütter und Väter gedacht wurde, die nach der Babypause sich erst wieder am Arbeitsmarkt integrieren müssen. Sie sollen vom AMS bereits nach 4 Wochen besondere Wiedereinstiegshilfen erhalten, wenn sie in dieser Zeit nicht vermittelt werden können.

(Schluß)

Rückfragehinweis: ÖAAB-Pressestelle

Tel.: (01) 40143/216

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER

VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS ***

201305 Apr 01

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20010420_OTS0151